

Stand: 27.07.2026 05:01:39

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/26073

"Landesentwicklungsprogramm II: Flächeninanspruchnahme konkretisieren"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/26073 vom 25.01.2023
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/28292 des WI vom 29.03.2023
3. Beschluss des Plenums 18/28709 vom 26.04.2023
4. Plenarprotokoll Nr. 144 vom 26.04.2023



Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Landesentwicklungsprogramm II: Flächeninanspruchnahme konkretisieren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Auftrag aus Art. 6 Abs. 1 des Bayerischen Landesplanungsgesetzes (BayLPIG) zu erfüllen und den Grundsatz der Raumordnung aus § 6 Abs. 2 Nr. 3 Sätze 5 bis 9 BayLPIG weiter zu konkretisieren. Insbesondere ist zu definieren, welche Nutzungsarten von Flächen unter das 5ha-Ziel fallen sollen.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, unter Berücksichtigung aller denkbaren Planungsträger zu ermitteln, welche Inanspruchnahmen den Planungsträgern bis 2030 rechnerisch zur Verfügung stehen, um das 5ha-Ziel bis 2030 erreichen zu können. Diese Vorgaben sollen im Abwägungsprozess als Orientierungsmaßstab für die Planungsträger dienen.

Sofern die Staatsregierung nicht bereit ist, ihren Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) (Drs. 18/25267) zurückzuziehen und eine Gesamtfortschreibung des LEP zu initiieren, wird die Staatsregierung aufgefordert, in ihrem Entwurf zumindest folgende Änderung vorzunehmen:

§ 1 Abs. 4 Nr. 2 Buchst. b Doppelbuchst. bb wird wie folgt gefasst:

„Die folgenden Abs. 2 (G) und 3 (G) werden angefügt:

„(G) Bei der erstmaligen planerischen Inanspruchnahme von Freiflächen im Außenbereich für Siedlungs- und Verkehrszwecke sollen sich die Planungsträger an den mehrjährigen Größenordnungen orientieren, die das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie für das entsprechende Gebiet ermittelt hat, um eine Begrenzung auf eine Richtgröße von 5 ha pro Tag landesweit bis spätestens zum Jahr 2030 zu erreichen.

(G) Bei der Inanspruchnahme von Flächen sollen Mehrfachnutzungen, die eine nachhaltige und sparsame Flächennutzung ermöglichen, verfolgt werden.“

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, in der Begründung D.1) zu 1.1.3. (B) im vierten Satz die Worte „ , d. h. die Nutzungen müssen sich an Belastungsgrenzen bzw. an der Selbstreproduktionskapazität der Naturgüter orientieren“ zu streichen.

Begründung:

Im Februar 2021 wurde das sogenannte 5ha-Ziel in das BayLPIG aufgenommen. Es soll die Neu-Inanspruchnahme von Freiflächen schrittweise eindämmen. Allerdings ist dieser Grundsatz der Raumordnung mehrfach konkretisierungsbedürftig. So wird in der öffentlichen Debatte oft Flächennutzung etwa mit Flächenversiegelung gleichgesetzt. Zwar verweist die Gesetzesbegründung zur Änderung des Landesplanungsgesetzes auf amtliche Statistiken zur Siedlungs- und Verkehrsfläche. Es ist jedoch dennoch eine

Diskussion darüber zu führen, welche Flächennutzungen sinnvollerweise in dieser 5ha-Betrachtung zu berücksichtigen sein sollten.

Um dieses 5ha-Ziel weiter zu operationalisieren, ist den Planungsträgern ein Orientierungsrahmen zu geben, an dem sie sich selbst konkret messen können. Ein landesweites 5ha-Ziel ist für einzelne Planungsträger nicht greifbar. Sie brauchen konkrete Orientierungsgrößen für ihren eigenen Planungsbereich. Ohne eine weitere Konkretisierung ist dieser Grundsatz der Raumplanung nicht operationalisierbar. Es ist Aufgabe des Landesentwicklungsprogramms, die Grundsätze der Raumordnung, wo nötig, zu konkretisieren (Art. 6 Abs. 1 BayLPlG). Dies soll durch die vorgeschlagene Ergänzung erfolgen.

Die Passage der Begründung soll gestrichen werden, da sie unnötige oder gar widersinnige Prüfungsschritte schüfe. So ist insbesondere eine Selbstreproduktionskapazität von Bodenschätzen nicht sinnvoll anzunehmen. Die Prüfung von Belastungsgrenzen erfolgt im Rahmen von bestehenden Genehmigungsverfahren.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Drs. 18/26073

Landesentwicklungsprogramm II: Flächeninanspruchnahme konkretisieren

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Alexander Muthmann**
Mitberichterstatter: **Walter Nussel**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 72. Sitzung am 16. Februar 2023 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Antrag in seiner 97. Sitzung am 29. März 2023 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Kerstin Schreyer
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Drs. 18/26073, 18/28292

Landesentwicklungsprogramm II: Flächeninanspruchnahme konkretisieren

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Walter Nussel

Abg. Christian Zwanziger

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Gerd Mannes

Abg. Annette Karl

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Ludwig Hartmann

Staatsminister Hubert Aiwanger

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Antrag der Staatsregierung

auf Zustimmung gemäß Art. 20 Abs. 2 des Bayerischen

**Landesplanungsgesetzes zum Entwurf einer Verordnung zur Änderung der
Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP)**

(Drs. 18/25267)

hierzu:

Anträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER
(Drsn. 18/26414 mit 18/26424, 18/26440, 18/26441, 18/26924 mit 18/26926,
18/26930, 18/26931 und 18/26958)

Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/26250 mit 18/26263)

Anträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/25971 mit 18/25975, 18/25977 mit 18/25979)

Anträge der SPD-Fraktion (Drsn. 18/25946 mit 18/25968)

Anträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/26072 mit 18/26079)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Dafür sind 54 Minuten vereinbart. – Der erste Redner ist der Kollege Walter Nussel für die CSU-Fraktion.

Walter Nussel (CSU): Frau Präsidentin, Hohes Haus! So sperrig wie der Begriff ist, ist auch die Arbeit bei der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes.

Ich möchte noch mal bei der Grundlage einsteigen. 1970, also vor über 50 Jahren, haben unsere Vorgänger hier im Haus das erste Landesentwicklungsprogramm auf den Weg gebracht. Darin war enthalten, die Grundzüge für die räumliche Ordnung und Entwicklung festzulegen. Ich sage ausdrücklich – ich komme dann schon noch bei einigen Punkten darauf –, dass es mir so vorkommt, dass immer mehr – und das ist partiübergreifend, aber auch von Institutionen, von Verbänden – versucht wird, in dem Landesentwicklungsplan kleinteilig zu regeln. Da müssen wir aufpassen, auch für die Zukunft, dass wir uns da nicht selber überfordern. Man hat ja die Möglichkeit, das in

den Ausführungsverordnungen, in den einzelnen Ressorts, in den einzelnen Ministerien, zu regeln – und nicht alles im LEP.

Was gehört nun dazu? – Das sind Vorranggebiete, Gebiete, für die bestimmte, bedeutsame Funktionen oder Nutzungen vorgesehen sind oder die raumbedeutsame Nutzungen in diesem Gebiet ausschließen, sofern diese mit Vorrang und Funktionen, Nutzungen nicht vereinbar sind. Ich sage das deswegen, weil das immer zu Verwerfungen führt. Viele, die mitdiskutieren, wissen oft gar nicht, wovon wir sprechen, wenn wir von einem Vorranggebiet sprechen oder von einem Vorbehaltsgebiet, und was das für Auswirkungen auch in der Folge hat.

Wir haben hier ja jetzt auch zusätzliche Gebiete ausgewiesen. Auch darauf komme ich noch zu sprechen. Die Novellierung beim Bayerischen Landespflege – – Entschuldigung!

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Landesentwicklungsprogramm!)

– Landesentwicklungsprogramm! Danke, Hubert! Wenigstens einer, der mir hilft.

Die Deregulierung und soweit wie möglich Kommunalisierung als ausdrückliches Ziel legt das zugrunde.

Ich denke, das ist erst einmal ein wichtiger Punkt für den Einstieg. Wir wurden ja auch kritisiert, warum wir so spät mit unseren Änderungsanträgen kommen usw. Wir haben ja Anhörungen durchgeführt, mit dem ganzen Ausschuss, aber natürlich auch Gespräche mit verschiedenen Verbänden, jede Fraktion für sich, und haben hier sortiert: Wo können wir ansetzen? Wo wollen wir Verbesserungen? Wo wollen wir dann, wenn uns die Staatsregierung das vorlegt, auch Änderungsanträge einbringen?

Nicht zuletzt müssen die – was ich schon angesprochen habe – Fachgesetze und Fachverordnungen transparent sein und auch von der Exekutive ausgeführt und dann umgesetzt werden.

Um was geht es? – Es geht um die Grundversorgung unserer Menschen, unserer Bevölkerung. Unser Ziel muss sein, die Grundversorgung der Menschen in unserem Land sicherzustellen. Gerade der Ukraine-Krieg oder auch Corona haben uns gezeigt, wie schnell wir hier anfällig sind. Wenn auf einmal Grenzen geschlossen werden, wie bei Corona, sodass Lkws nicht mehr durch Europa fahren können und Produkte bei uns in den Läden ausgeblieben sind, ist es umso wichtiger, dass wir bei der Ernährung, bei der Gesundheit, aber auch beim Wohnen, bei der Infrastruktur, bei der Wirtschaft sowie für die Energieversorgung gute Grundlagen schaffen.

Das sind sechs Punkte, die ich jetzt genannt habe, die für die Grundversorgung unserer Menschen elementar wichtig sind. Danach sollten wir auch einen Landesentwicklungsplan ausrichten und nicht ideologisch meinen, wir könnten hier alles regeln; und dann fallen Dinge hinten runter, sodass wir dann Schwierigkeiten haben, die Grundversorgung aufrechtzuerhalten.

Ein weiteres Thema ist die Herausforderung in der Landwirtschaft. Ich habe mich hier mit dem Bauernpräsidenten auch noch mal intensiv ausgetauscht. Zukünftig müssen wir hier darauf achten, dass die Ernährung der Bevölkerung gesunde Lebensmittel regionaler Herkunft und die Grundlage für nachhaltige Produktion beinhaltet. Ich nenne weiter die Lieferung von regenerativen Energien – Wind, Sonne, Biomasse –, die Dekarbonisierung der Wirtschaft, Wärmewende, Bioökonomie; und letztendlich müssen auch die landwirtschaftlichen Flächen – das haben wir ja vorhin besprochen – geschützt werden. Sie dürfen nicht so geschützt werden, wie sich das die linke Seite vorstellt, dass darauf nur noch Naturschutz betrieben wird oder dass sie für Ihre ideologischen Belange genutzt werden. Wir brauchen diese Flächen für die Produktion unserer Nahrungsmittel. Wir müssen versuchen, alles, was wir brauchen, regional zu produzieren. Deshalb müssen wir die Landwirtschaft stärken und deren Nutzflächen erhalten.

Ich fordere Sie alle auf, künftig für eine Mehrfachnutzung einzutreten, zum Beispiel Nahrungsmittel und Biodiversität oder Nahrungsmittel und Energie. Wir sollten deshalb

zusammen mit der Wissenschaft intelligente Möglichkeiten für solche Mehrfachnutzungen entwickeln. Ich bin bei diesem Thema gar nicht weit weg von den GRÜNEN: Bei der Schaffung von Einzelhandelsflächen sollten die Parkplätze unter die Erde oder auf die Gebäude gelegt werden. Auch Wohnraum sollte möglichst auf einer Fläche geschaffen werden. Wir müssen hier aber alle aufeinander zugehen. Wir dürfen da nicht alles wieder mit den Argumenten des Lärmschutzes und des Emissionsschutzes über Verbote und Vorgaben verhindern.

Die Staatsregierung hat im Jahr 2018 einen Pakt für das Eigentum geschlossen. In dem diesbezüglichen 10-Punkte-Programm ist festgelegt, dass Eigentum das höchste schützenswerte Gut ist. Freiwilligkeit muss vor Ordnungsrecht gehen. Wir brauchen einen kooperativen Natur- und Umweltschutz. Landwirtschaftlicher Grundbesitz soll im Eigentum der Landwirte sein. Außerdem soll es eine frühzeitige und enge Beteiligung geben. Wir haben einen Antrag eingebracht, mit dem alle Regionalen Planungsverbände verpflichtet werden sollen, die Bürgermeister und die Kommunen zu informieren, bevor sie ihre Entwürfe zur Einführung von Vorranggebieten oder Vorbehaltsgebieten auf den Gemeindeflächen beschließen.

Ich sage das aus folgendem Grund: Wir haben Vorranggebiete für Landwirtschaft und Vorranggebiete für Klimaschutz ausgewiesen. Wir müssen den Kommunen erklären können, was das für sie bedeutet. Darf ein Bürgermeister in einem Vorranggebiet für den Klimaschutz noch einen Rad- und Gehweg planen? Eine weitere Frage: Was ist in einem Vorranggebiet für Landwirtschaft noch erlaubt und was nicht? Wie können die Kommunen ihre kommunale Selbstverwaltung danach ausrichten? Sobald die Entwürfe der Regionalen Planungsverbände vorliegen, ist es wichtig, dass alle Bürgermeister, die davon betroffen sind, benachrichtigt werden. Sie können dann über ihre Amtsblätter oder wie auch immer ihre Eigentümer benachrichtigen. Das ist gelebte Bürgerbeteiligung. Wer war dagegen? – Die Opposition. Ich habe das nicht verstanden. Die FREIEN WÄHLER und die CSU haben diesen Antrag zusammen auf den

Weg gebracht. Ich hoffe, dass wir damit viele Punkte für die Kommunen regulieren und in die richtige Richtung lenken können.

Nach der Diskussion, die zum Thema Wasser aufgeploppt ist, haben wir drei Anträge gestellt. Zunächst konnte man meinen, es wäre schon über die Verordnung oder gar über das Gesetz geregelt, wer Wasser bekommt und wer nicht. Wir wollten genau das Gegenteil. Zur Versachlichung haben wir die drei Anträge zurückgezogen. Wir müssen jetzt über das Gesetz oder wie auch immer regeln, dass die Hoheit über das Wasser beim Staat bleiben muss. Das ist das Wichtigste. Dafür habe ich immer geworben und gesprochen. Teilweise wurde das komplett anders dargestellt, sowohl in der Öffentlichkeit als auch in diesem Hause. Ich glaube, wir sind jetzt auf dem richtigen Weg.

Wir müssen das Thema Grundwasser anpacken, aber mit Maß und Ziel. Wir brauchen dafür einen gewissen Zeithorizont. Hier habe ich eine andere Meinung als der Umweltminister. Wir brauchen hier gewisse Zeiträume. Ich nenne das Beispiel Knoblauchsland. In den Sechzigerjahren, als ich auf die Welt gekommen bin, wurden dort Brunnen gebohrt, damit die Bauern zum Beispiel 1.000 Hektar bewässern konnten. Irgendwann ist das Grundwasser zu stark abgesunken. Dann wurde ein anderes System gewählt, dessen Einführung aber Jahre gedauert hat. Dann wurde Filtratwasser über Leitungen geführt. So muss das im ganzen Land sein. Wir sollten nicht mehr das Grundwasser verwenden, sondern intelligent auf andere Möglichkeiten zurückgreifen. Dafür brauchen wir aber eine gewisse Zeit. Herr Staatsminister Aiwanger, sagen Sie bitte Ihrem Kollegen, dass wir hier auf einem guten Weg sind.

Weitere Punkte beim Thema Grundwasserversorgung sind die Getränkewirtschaft und die Lebensmittelerzeugung. Auch dafür wird Wasser benötigt. Ich habe die Bundesregierung heute noch nicht gelobt, aber jetzt lobe ich sie: Die Bundesregierung hat im August letzten Jahres im Bundeskabinett beschlossen, dass Grundwasser für die Ernährungs- und Getränkewirtschaft sowie für die landwirtschaftliche Produktion vorhanden sein muss. Wir müssen aber beim Tiefengrundwasser aufpassen. Einige Kommunen sind darauf angewiesen. Bei diesen Kommunen muss versucht werden, eine

intelligente Umsteuerung zu erreichen. Dort sollte die Verwendung dieses Wassers nur direkt für die Menschen gestattet werden. Auch dafür bedarf es einer gewissen Zeit. Das geht nicht von heute auf morgen. Ich bin aber fest davon überzeugt, dass wir das mit diesem Landesentwicklungsprogramm hinbekommen werden.

Zurück zu den Vorrangs- und Vorbehaltsgebieten. Bislang hatten wir folgende dieser Gebiete: Gewinnung von Steinen und Erden, Gewinnung von Industriematerialien, Bodenschätze, Windenergieanlagen, Freiflächen für Photovoltaik, Flughafenentwicklung, Wasserversorgung und landwirtschaftliche Vorbehaltsgebiete. Nun kommen fünf Punkte dazu: die Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Klimaschutz, die Anpassung an den Klimawandel, Überschwemmungsgebiete, Niedrigwasser-Management und die Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für die Landwirtschaft. Die Staatsregierung und wir sind hier sehr vorausschauend. Das schlägt sich im LEP nieder. Wir sind hier auf dem richtigen Weg.

Bezüglich der Klimaschutzgebiete hätte ich an das Umweltministerium eine Bitte: Wir haben bis heute noch keine Information darüber bekommen, welche Auswirkungen und Einschränkungen damit verbunden sind. Bevor in den Regionalplänen die ersten Klimaschutzgebiete festgelegt werden, müssen wir in der Legislative wissen, worüber wir sprechen. Wir müssen das doch draußen erklären können. Ich kann einem Bürgermeister schlecht erklären, dass wir das hier beschlossen haben, aber es nicht erklären können. Diesen Fingerzeig möchte ich der Regierung geben. Ich denke, sie bekommt das hin. Ich habe mir noch aufgeschrieben, dass wir die Bedeutung des Begriffs "Überregionales Interesse" klären müssen, der in Berlin beschlossen worden ist.

Ich habe jetzt versucht, das ganze Thema im Galopp zu erläutern. Herr Staatsminister Aiwanger, ich möchte mich bei Ihrem Haus ausdrücklich für die hervorragende Zusammenarbeit und Unterstützung bedanken. Die Teilfortschreibung des LEP ist ein großes Werk, das alle Belange der Raumordnung abbilden soll.

Abschließend möchte ich eines sagen: Es gibt eine Zeit nach der Wahl. Ich weiß nicht, ob ich dem nächsten Landtag wieder angehören werde. Wir müssen aufpassen, dass wir uns selbst mit solchen Werken nicht überfordern. Die kleinteiligen Bestimmungen sollten in der Exekutive geregelt werden. Wir sollten einmal darüber nachdenken, ob sich das LEP von 1970 bis heute in die richtige Richtung entwickelt hat. Vielleicht sind wir schon viel zu weit galoppiert und müssen einiges wieder einfangen.

Wichtig ist die Schaffung der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen und der Lebensverhältnisse. Bei manchen Diskussionen, zum Beispiel bei den Haushaltsberatungen, kann ich das leider nicht immer erkennen. Dort wird manchmal versucht, den ländlichen Raum gegen die Metropolregionen auszuspielen. Das LEP soll dafür sorgen, dass wir auch in kleinen Kommunen noch einen Einzelhandel haben. Vorhin wurde über die Schaffung von Wohnraum und von Einzelhandelsflächen diskutiert. Die Bevölkerung will zum Einkaufen in einen Ort fahren oder sich im Internet bedienen. Wenn man sich im Internet bedient, braucht man irgendwo große Hallen, Verteillager, die das Ganze sammeln und dann auch zum Bürger bringen, anstatt dass man den Einzelhandel in den Kommunen fördert. Da stehen Läden leer, die wir eigentlich bräuchten. So ist ja das Land entstanden und gewachsen. Also, da hat sich in der Zeit viel verändert. Ich werbe ausdrücklich dafür, dass wir das auch hier mehr berücksichtigen; denn das ist auch Flächenverbrauch, wenn man dann sagt, man muss draußen was bauen. Aber viele, auch von Ihnen in der Opposition, bedienen sich dann des Internets und bestellen ihre Produkte. Das sind dann die Auswirkungen, die wir letztendlich haben. Also, auch hier ist die Stärkung des Einzelhandels ganz wichtig.

Zusammenfassend darf ich sagen: Das LEP ist auf Klimawandel, die Grundversorgung der Menschen, die Mobilität usw. ausgerichtet. Ich hoffe, dass wir hier jetzt ein Werk auf den Weg gebracht haben. Wir unterstützen die Staatsregierung dabei. Ich möchte mich noch mal bei allen bedanken, die hier mitgearbeitet und mitgewirkt haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Redner spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Christian Zwanziger.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir befassen uns heute mit dem LEP. Ja, das ist ein Thema, das manchmal sperrig ist. Aber die letzten Wochen haben gezeigt, da ist durchaus oft viel, viel Musik drin, die die Leute bewegt. Das Thema Trinkwasser hat Kollege Nussel schon angesprochen. Mein Kollege Ludwig Hartmann wird nachher noch etwas zu der Episode mit dem Trinkwasserschutz im LEP sagen, die heiß diskutiert worden ist.

Zunächst einmal bin ich überrascht, dass die FREIEN WÄHLER und Hubert Aiwanger sich das LEP, die Landesplanung, ins Haus geholt haben. Dann habe ich mir gedacht: Wohin wollen Sie als FREIE WÄHLER? Wollen Sie etwas anpacken? – Dann sehe ich einen Entwurf. Kollege Nussel hat es angesprochen, es war eine schwere Geburt. Dagegen hätte ich nichts, wenn dann auch etwas drinstehen würde. Aber das, was da drinsteht, ist für mich unzureichend und ambitionslos. Sie verschlafen aus meiner Sicht die Zukunft völlig, obwohl wir da wichtige Weichenstellungen vornehmen könnten.

Der Prozess war ziemlich zäh. Wir haben im Parlament auch hart darum gerungen, dass sich das Parlament überhaupt ausgiebig mit dem LEP befasst. Die Anhörung im Ausschuss hat es nur gegeben, weil wir GRÜNE mit der SPD und anderen ein Minderheitenvotum durchgesetzt haben. Sonst hätte sich das Parlament gar nicht in der Tiefe mit dem LEP befasst. Das wäre aus meiner Sicht ein großer Fehler gewesen. Wir konnten das zum Glück verhindern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Nussel, im Nachhinein habe ich es mit dem überbordenden LEP so verstanden, dass es fast ein bisschen Kritik an den Regierungskollegen war. Am Anfang war ich mir nicht sicher. Ich möchte nur sagen und festhalten:

(Zuruf des Abgeordneten Walter Nussel (CSU))

Das, was heute verabschiedet werden soll, könnte aus meiner Sicht in vielen Bereichen viel klarere Akzente brauchen, auch weniger Grundsätze und Ziele, aber zumindest klare Grundsätze und Ziele. Sie beschließen heute gegenüber dem bisher gültigen LEP ein LEP mit einer Handvoll, mit fast zwei Handvoll neuen Zielen und mit über fünfzig neuen Grundsätzen. Da lässt mich, ehrlich gesagt, der Vorwurf, dass wir, egal, was wir für Vorschläge machen, bürokratisch sein könnten, ziemlich kalt; denn Sie beschließen im LEP selber fast sechzig neue Ziele und Grundsätze.

Die Stellungnahmen waren groß und ausgiebig. Die Stellungnahmen sind dem Parlament dann auf Umwegen zugeleitet worden, weil die Regierung sich darauf berufen hat, dass das LEP kein Gesetz, sondern nur eine Verordnung ist. Das fand ich schade. Das war auch nicht gut für die Parlamentsbeteiligung. Wir haben im Ausschuss dann über zahlreiche Änderungsanträge diskutiert.

Wir als GRÜNE haben zum Beispiel gesagt – daran halten wir auch fest, darüber werden wir nachher auch noch mal einzeln abstimmen –, dass wir einen Neustart beim LEP wollen. Das ist nur eine Teilfortschreibung. Bei Elementen davon gehen wir mit. Aber es ist einfach viel zu kurz gesprungen. Deswegen dürfen wir jetzt die vielen Stellungnahmen, die gute Arbeit, die auch im Ministerium auf der Arbeitsebene sicher geleistet wurde, nicht verstreichen und in der Schublade verschwinden lassen, sondern wir müssen da weitermachen, damit wir dann – Kollege Nussel hat es ja auch schon angesprochen – in der nächsten Legislatur auch eine gescheite LEP-Fortschreibung hinkriegen, die den Jahren 2024, 2025, 2026 gerecht wird. Also Neustart beim LEP.

Dann haben wir Anträge gehabt zur Mobilität, zum Artenschutz, zum Klimaschutz, zur Klimaanpassung, zur Energiewende, zum Flächenverbrauch – wir haben es schon diskutiert –, zur Mehrfachnutzung. Alle diese Anträge haben die Kollegen der Regierungsfractionen abgelehnt. In der Sache war die Diskussion aus meiner Sicht oft dünn.

Ich mache das an einem Beispiel fest: Diskussion zur Mobilität. Wir GRÜNE haben beantragt, dass es im LEP ein Ziel sein muss, dass wir ein Mobilitätsangebot für alle Menschen im Land haben, ein verbindliches Mobilitätsangebot, ohne eigenes Auto wegzukommen, zur Arbeit zu kommen, in die Freizeit zu kommen. Die Diskussion wurde verunglimpft als eine "Leerer-Bus-Fahrgarantie" für Bayern. Mehrfaches Einhacken, dass da "Mobilitätsangebot" steht und nicht "Leerer-Bus-Fahrgarantie", wurde weggewischt. Zwei Sekunden später haben wir über den Mobilitätsantrag der Regierungsfractionen geredet. Und was steht da drin? – Senkrecht startende, nachhaltig betriebene neue Formen der Mobilität, Flugtaxi. – Also, Regierungsfractionen CSU und FREIE WÄHLER, Ihr LEP legt Wert auf Flugtaxi. Wir legen Wert auf Mobilität für alle. Dazu stehe ich auch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Beim Flächenverbrauch, Herr Staatsminister, kann ich Sie nicht aus der Verantwortung entlassen. Sie sind der Minister, der den Schlüssel in der Hand hätte, den Flächenverbrauch zu reduzieren. Alle, vom Bauernverband, der unseren Gesetzentwurf am Montag mit vorgestellt hat, bis zum Bund Naturschutz, sagen: Egal, was ihr gerade macht, das reicht nicht. – Dann unsere Vorschläge als Bürokratie zu verwerfen – brauchen wir nicht, wollen wir nicht –, wird der Sache einfach nicht gerecht. Da ist dringend notwendig, dass wir eine andere Landtagsmehrheit haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte kurz am Zentrale-Orte-System festmachen, warum ich finde, dass das LEP schon mal viel besser war, und warum es wieder besser werden muss, damit die Menschen etwas davon haben. Wir haben Zentrale Orte in Bayern, die aus meiner Wahrnehmung hochgestuft wurden, damit Kommune A ein Möbelhaus aufmachen kann, damit Kommune B dies und das machen kann. Aber das Zentrale-Orte-System im LEP ist doch nicht dazu da, dass man ein Möbelhaus aufmachen kann! Es ist dazu da, dass wir alle uns wohnortnah versorgen können, Gesundheitsversorgung haben, ar-

beiten gehen können, uns bilden können, dass alle Funktionen für unser Leben wohnortnah, in vertretbarer Distanz stattfinden können. Dafür ist das Zentrale-Orte-System mal geschaffen worden.

Sie haben es in den letzten Jahrzehnten verwässert. Jetzt stehen wir da mit einem Zentrale-Orte-System, bei dem 32 Grundzentren keine Grundschule haben, bei dem 65 Grundzentren keine Apotheke haben, bei dem 7 Mittelzentren keine weiterführende Schule haben, bei dem 66 Mittelzentren keinen Kinderarzt haben und bei dem 93 Mittelzentren und 6 Oberzentren kein Krankenhaus haben. Ist das die Vorstellung davon, was das LEP den Leuten bringen soll?

Ich will, dass wir ein LEP haben, bei dem das Zentrale-Orte-System den Kommunen die Hand reicht und sagt: Ihr Kommunen, wir versorgen die Menschen in der Region mit all dem, was sie zum Leben brauchen. – Und die Kommunen werden auch in die Lage versetzt, diese Funktion auszufüllen. Von einer schönen Urkunde und einem Fototermin kann keine Kommune sich etwas kaufen, wenn sie die Funktion hinterher nicht ausfüllen kann. Da haben Sie einfach eine Chance vertan.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mein Fazit ist also: Nach der Teilfortschreibung wird vor der Komplettfortschreibung sein. Ich bin nach den Diskussionen im Ausschuss und im Parlament – Flugtaxi statt Mobilität für alle, keine Eindämmung des Flächenverbrauchs, eher Schwächung als ein Ernstnehmen des Trinkwasserschutzes, Klimaschutz optional statt verbindlich – überzeugt und sicher, dass es ganz andere Mehrheiten im Landtag braucht. Am 8. Oktober ist die Chance dazu, das zu ändern, für ein LEP, das den Menschen dient und das die Natur und unsere Lebensgrundlagen schützt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Zwanziger. – Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Kollege Bernhard Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dem kurzen Werbeblock, Herr Kollege Zwanziger, den Sie hier zum Schluss unnötigerweise noch eingeflochten haben, gehe ich mal auf das ein, was Sie hier zum Besten gegeben haben.

Ja, ein Landesentwicklungsprogramm ist der grobe Rahmen, ist das Korsett, innerhalb dessen sich die Kommunen, die Regionen dann die Detailplanung überlegen. Sie haben natürlich recht, dass dieses LEP nicht so engmaschig ist, wie Sie das gerne hätten. Aber das ist halt der Unterschiedlichkeit der politischen Richtung geschuldet. Die Regierungskoalition aus CSU und FREIEN WÄHLERN geht davon aus, dass es auch Menschen gibt, die eigenverantwortlich leben und handeln, dass es Kommunen gibt, die über eine kommunale Planungshoheit verfügen und mit dieser sorgfältig und verantwortungsbewusst umgehen. Sie sind eine Partei, die es sich zum Ziel gemacht hat, das Verbot und den Verzicht an die Spitze ihrer Agenda zu stellen, die den Menschen nichts zutraut, die den Staat

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

zum Maß aller Dinge erklärt. Das ist ein Menschenbild aus dem 19. Jahrhundert, das Sie hier im 21. Jahrhundert mit einem modernen Ökosozialismus wieder über uns bringen wollen.

Herr Kollege Zwanziger – jetzt hören Sie vielleicht auch mal zu –, wenn Sie von den Krankenhäusern im ländlichen Raum sprechen, ist das schon Realsatire. Das, was Ihre Bundesregierung unter Führung von Herrn Lauterbach gerade vorbereitet, führt dazu, dass ein Drittel der Krankenhäuser in Bayern verschwindet, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich gebe Ihnen ja recht, dass wir um die Grundversorgung im ländlichen Raum kämpfen, aber wir tun es auch und hinterlegen es mit praktischer Politik. Deswegen funktioniert es nach und nach, aber nicht von heute auf morgen. Natürlich beklagen wir deutliche Schwächen und deutlichen Nachholbedarf im ländlichen Raum. Wir haben – das ist so – in den Achtziger- und Neunzigerjahren eine Metropolenpolitik gehabt, auch hier im Freistaat Bayern. Ich freue mich sehr, dass die FREIEN WÄHLER sehr maßgeblich dazu beigetragen haben, dass wir unser Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern herzustellen, jetzt gemeinsam mit unserem Koalitionspartner zielstrebig und erfolgreich angehen.

Wenn Sie hier das Thema Kinderarzt ansprechen, nenne ich Ihnen ein praktisches Beispiel, weil ich denke, man sollte es nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch unterlegen: In Buchloe haben sie lange, lange Jahre um einen Kinderarzt gekämpft. Jetzt haben sie einen. Das ist ein kleines, aber auch wichtiges Beispiel für die Menschen vor Ort, für die Menschen im ländlichen Raum.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das Landesentwicklungsprogramm, meine Damen und Herren, muss sich natürlich, wenn es fortgeschrieben wird, an den neuen Herausforderungen messen lassen. – Herr Staatsminister Hubert Aiwanger, Chapeau! Das, was hier vorliegt, ist gelungen. – Ich blicke jetzt mal in die FDP-Fraktion zum Kollegen Muthmann. Er grinst schon. Er weiß, was jetzt kommt. Wir beide haben uns in der vorletzten Legislaturperiode noch köstlich über die Versuche des damaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten Martin Zeil, das Landesentwicklungsprogramm fortzuschreiben, amüsiert. Er hat es nämlich nicht hinbekommen, meine Damen und Herren. Das ist der große Unterschied!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das Landesentwicklungsprogramm muss darauf abstellen, dass wir in Bayern einen immer stärkeren Bevölkerungszuwachs haben und infolgedessen auch Verbesserungen im Verkehr benötigen, und zwar nicht nur im Bahnverkehr, sondern auch auf der Straße und natürlich auch irgendwann bei den Lufttaxi, die Sie hier so bespötteln. Wir brauchen eine nach wie vor gute Wirtschaftsentwicklung, um keine Verteilungskämpfe zu haben, und wir müssen die Interessen der Landwirtschaft im Blick haben, die – das hat die Pandemie gezeigt – absolut systemrelevant ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Auch hier, lieber Herr Kollege Zwanziger, sollte, wer das Wort Landwirtschaft in den Mund nimmt, bitte auch einmal ehrlich sagen: 4 % Flächenstilllegungen, das ist unverantwortlich, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wer den Flächenstilllegungen das Wort redet, kann auch nicht ernsthaft kritisieren, dass es mit dem Flächensparen zu langsam vorangeht. Ich sage Ihnen zum Thema Flächensparen: Ja, man hat sich jetzt ein Ziel gesetzt, aber das heißt nicht, dass man in jedem Jahr dieses Ziel sklavisch erreichen muss, so wie früher die Ziele der Fünf-Jahres-Pläne in der Sowjetunion. Nein, Sie müssen die Entwicklung über einen längeren Zeitraum sehen. Dann, wenn wir einen hohen Bevölkerungszuwachs haben, müssen wir durch Wohnungsbau reagieren. Dann müssen wir auch sehr klar Flagge zeigen und einmal sagen, das eine hat Priorität vor dem anderen.

Jetzt komme ich zum letzten Punkt: Sie haben auch noch kritisiert, es gebe nur fünf Ziele und fünfzig Grundsätze, Herr Kollege Zwanziger. Sie wissen ja, was Ziele und was Grundsätze sind. Ziele sind ein Muss. Das sind klare Vorgaben an die Planungsbehörden, während die Grundsätze gegen andere Kriterien abzuwägen sind.

(Florian von Brunn (SPD): Grundsätze haben Sie keine!)

Jawohl, und das ist genau das, was diese Regierung ausmacht, fünfzig Grundsätze. Natürlich zeigen wir hier, was wir politisch wollen, aber wir geben das dann als Diskussionsgrundlage, als einen Aspekt an die Planungsebenen weiter. Wenn die GRÜNEN ein solches Landesentwicklungsprogramm fortschreiben oder neu schreiben würden, stünden darin – das kann ich Ihnen sicher sagen – fünfzig Ziele und fünf Grundsätze, meine Damen und Herren. Das sind die politischen Unterschiede.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir stehen auch zum Privateigentum und zum Unternehmertum. Auch der Gewerbebetrieb gehört zum Eigentum, und wenn Sie alles totregulieren, dann gibt es zwar auf dem Papier noch Eigentum, aber der Eigentümer kann mit seinem Eigentum nichts mehr anfangen, dann kann sich nichts wirtschaftlich entwickeln. Das werden wir alle in Bayern spüren!

Deswegen ist das Landesentwicklungsprogramm ein wesentlicher Baustein und ein wichtiges Stück bayerischer Landesentwicklung, das auf Innovation, Freiheit und Zukunft aufbaut anstatt auf Verbot, Verzicht und Überregulierung. Deswegen ist das auch zu hundert Prozent zustimmungsfähig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Pohl. – Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Christian Zwanziger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Ja, Herr Kollege Pohl, ich verlängere die Redezeit gern. Ich stelle einmal fest, dass ich nicht mitbekommen habe, dass Sie im Ausschuss bei der Debatte dabei gewesen wären. Ich muss sagen, die Frage ist doch nicht, was passieren würde, wenn die Bevölkerung wächst, was sie tut, und der Flächenzuwachs in gleichem Maß zunehmen würde. Ich habe es vorhin ausgeführt bei der anderen Debatte: Wir nehmen mehr Fläche neu in Anspruch, als Bevölkerung zuwächst.

Aus meiner Sicht einmal zwei Fragen an Sie: Sie haben meine Kritik an den Flugtaxis verunglimpft. Meine Kritik ist nicht, dass jemand tüftelt und ein Flugtaxi erfindet, sondern meine Kritik ist, dass es die Politik der Staatsregierung zu sein scheint, dass Flugtaxis einen relevanteren Beitrag für den ÖPNV oder für die Breitenmobilität für alle leisten als das im Ausschuss diskutierte Lastenrad. Erste Frage: Glauben Sie, dass Flugtaxis für alle Menschen etwas bringen? Zweite Frage: Sie haben die gleichwertigen Lebensverhältnisse angesprochen. In der letzten Legislaturperiode gab es eine Enquete-Kommission für gleichwertige Lebensverhältnisse. Nennen Sie mir bitte einmal eine Forderung der Enquete-Kommission, die Sie umgesetzt haben oder nicht umgesetzt haben, und begründen dies bitte.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Dafür haben Sie jetzt eine Minute.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Fangen wir mit dem ersten Punkt an. Es ist richtig, dass ich nicht im Ausschuss war, aber im Gegensatz zu Ihnen gehöre ich diesem Haus seit 15 Jahren an und befasse mich seit 15 Jahren mit Landesentwicklung.

Zum zweiten Punkt, dem Thema Lufttaxi: Ich kann mich an eine Haushaltsrede – ich meine, es war 2020 – erinnern zum Einzelplan Verkehr, Herr Kollege Zwanziger, als ein Vertreter Ihrer Fraktion die Lufttaxis als einen wichtigen Beitrag zum ÖPNV bezeichnet hat. Bitte nachlesen!

Der dritte Punkt: Sie fragen, ob wir irgendetwas von einer Enquete-Kommission umgesetzt hätten. Das hier ist ein Gesamtwerk, das im Haus des Wirtschaftsministers in Abstimmung mit den Regierungsfractionen entstanden ist. Wir sind nicht diejenigen, die Ergebnisse von Enquete-Kommissionen abschreiben. Wir nehmen sie zur Kenntnis und entwickeln sie weiter.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Pohl. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Mannes für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Wohlstandsvernichtende grüne Ideologie und bürgerfeindliche Bestrebungen verseuchen zunehmend auch das Landesentwicklungsprogramm in Bayern. – Herr Pohl, Sie haben hier genügend Ökosozialismus eingetragen. Die sind dunkelgrün, Sie sind hellgrün!

(Heiterkeit des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Ja, so ist es. Wissen Sie, wie sich der vorliegende Gesetzentwurf der Staatsregierung zum LEP liest? – In weiten Teilen wie ein Parteiprogramm von grünen Ökosektierern. – Herr Aiwanger, hören Sie genau zu! Das entspricht keinem tragfähigen Konzept für die Zukunft unseres Landes.

Die Staatsregierung scheint vergessen zu haben, worum es in der Landesentwicklung geht. Das Landesentwicklungsprogramm Bayern legt die Grundzüge der angestrebten räumlichen Ordnung und Entwicklung fest. Es stellt Spielregeln auf, wo in begrenztem Raum welche Nutzungen unter welchen Voraussetzungen zulässig sind. Auch wir als Opposition – das muss ich einmal sagen – müssen an dieser Stelle anerkennen, dass das Landesentwicklungsprogramm in Bayern in den vergangenen Jahren durchaus ein Erfolg war. Es hat sich positiv entwickelt. Der Tourismus wurde gefördert, Infrastrukturprojekte wurden vorangebracht und die Lebensverhältnisse haben sich schon teilweise angepasst. Leider werden diese bewährten Grundsätze jetzt dem pseudo-grünen Zeitgeist geopfert.

Dieser ungute Zeitgeist breitet sich schleichend in alle Politikbereiche aus. Zukünftig soll es statt günstigen Energieträgern, die wir in Bayern hatten, für uns nur noch grüne Energie geben – koste es, was es wolle. Dass sich "günstig" und "grün" beim aktuellen Stand der Technik gegenseitig ausschließen, hat anscheinend von euch noch niemand begriffen.

(Beifall bei der AfD)

Die Staatsregierung will klimafreundliche Mobilität erzwingen. Sie vergisst dabei, dass die Bürger vor allem bezahlbare Mobilität brauchen; denn die Anschaffung und der Unterhalt eines Elektrofahrzeugs ist zumindest vor Steuern teurer als ein Diesel. Ein Minister mit 400-PS-Hybrid-Limousine versteht offensichtlich nicht, dass das wichtig ist. Also, die weltfremden Fantasien von klimaneutraler Mobilität haben im LEP nichts verloren.

Generell darf das LEP nicht auf das Ziel der sogenannten Klimaneutralität ausgerichtet werden. Warum? – Das kann ich Ihnen auch sofort sagen: Weil es objektiv betrachtet keinen messbaren Mehrwert für den Bürger gibt. Wir haben doch keinen Einfluss aufs Weltklima.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Herr Aiwanger, eine ideologiegetriebene Fokussierung auf Klimagedöns darf die wichtigen Ziele im LEP nicht in den Hintergrund drängen.

Das muss ich auch mal sagen: Aktuell müssen wir feststellen, dass es einen Kampf gegen den Individualverkehr gibt, vor allem von links, der mit dem Klimaschutz begründet wird. Grüne Stadtbewohner fahren auf mit Ökostrom betankten Lastenfahrrädern herum und wollen der Landbevölkerung, zu der auch ich gehöre, erzählen, dass sie gefälligst auf ihr Auto verzichten soll. Das geht nicht. Das sind dann diese wohlstandsgeplagten Stadtmenschen, die den ländlichen Raum mit Windrädern verschanzeln möchten, weil sie davon in der Großstadt selber nicht betroffen sind. Herr Aiwanger, Sie von der Staatsregierung stärken diesen grünen Leuten, diesen Fanatikern den Rücken.

Also, die Schere zwischen Stadt und Land wird dadurch – das versteht doch offensichtlich jeder – weiter geöffnet. Die Politik treibt regelrecht einen Keil in unsere Gesellschaft. Also, das ist kein guter Ansatz hier im LEP.

Ich muss einmal sagen: Dieser fanatische Kampf gegen das Automobil ist auch aus Sicht des Landesentwicklungsprogramms katastrophal, weil er auch den Wirtschaftsstandort Bayern schwächt. Wir als AfD verstehen unter Landesentwicklung genau das Gegenteil. Wir wollen Wertschöpfung, gleiche Lebensverhältnisse und Wohlstand in Bayern erhalten.

(Beifall bei der AfD)

Die Landesentwicklung darf nicht immer weiter von ihren eigentlichen Aufgaben entfernt werden. Das ist die Verbesserung der Lebensqualität und der Lebensverhältnisse in Bayern. Das ist unsere Fokussierung. In diesem Zusammenhang muss man auch einmal das Bauwesen erwähnen. Sie haben da große Einschränkungen gefordert. Wir müssen natürlich angesichts der Krise im Wohnungsbau und der Wohnungsnot – so muss man es ja bezeichnen – hier einmal in der Realität ankommen. Wir als AfD sind eine Partei des praxisgerechten Umweltschutzes, weil wir die Begrenzung des Flächenverbrauchs mit einer realistischen Neuausweisung von Baugebieten zusammenbringen wollen. Die Kartellparteien leugnen doch, dass der akute Mangel an bezahlbarem Wohnraum mit dem starken Zuzug zusammenhängt. Im Gegensatz zu Ihnen wissen die Menschen in Bayern das ganz genau; ihnen ist dieser Zusammenhang bewusst.

Wenn sich die Landesentwicklung jetzt der Schaffung von Wohnraum widmen muss, dann hat das ganz klar mit dem migrationspolitischen Totalversagen der Bundesregierung zu tun. Das sehen Sie in jedem Kreistag. Das können Sie nachgucken. Das ist im Moment ein großes Problem. Also, wir können uns angesichts des akuten Mangels an günstigem Wohnraum nicht einseitig auf die Schonung von verfügbaren Flächen ausrichten. Das würden wir zwar gerne, aber wir können es nicht und sind dagegen.

Die Benachteiligung durch bundespolitische Beschlüsse trifft natürlich auch unsere heimische Landwirtschaft. 17 % der landwirtschaftlichen Flächen werden derzeit nicht mehr zur Nahrungsmittelproduktion verwendet – das ist ein Problem –, sondern für die

Energiewende. Anlagen für Photovoltaik und Windenergie benötigen immer mehr Flächen. Sie breiten sich extrem aus. Wir wollen diese Entwicklung nicht so, wie sie derzeit stattfindet. Wir wollen, dass unsere Landwirte über die Nutzung ihrer Flächen selbst entscheiden. Der Kinderbuchautor Habeck soll jedenfalls der Letzte sein, der den Landwirten in die Bewirtschaftung hineinredet. Herr Aiwanger, Bauernland gehört in Bauernhand! Ich glaube, es ist wichtig, dass ich das einmal sage; es gehört dagegen nicht in die Hände von anonymen Investoren.

Unser Fazit zur geplanten Änderung des Landesentwicklungsprogramms fällt eindeutig aus: Die im Ausschuss beschlossene Fassung ist einfach zu ideologiegetrieben und orientiert sich nur an den strengen Vorgaben des Klimaschutzes. Das schadet unserer Meinung nach der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in Bayern. Jetzt habe ich keine Redezeit mehr.

(Florian von Brunn (SPD): Gott sei Dank!)

Wir lehnen den Gesetzentwurf der Staatsregierung ab. Wir haben umfangreiche Verbesserungen erarbeitet. Ich nenne sie noch einmal – das muss in den Fokus genommen werden –: medizinische Versorgung, die Daseinsvorsorge und die bedingungslose Zustimmung zum Individualverkehr. Wir bieten Ihnen heute gute Anträge für eine gesunde Landesentwicklung an. Wir bitten um Zustimmung zu unseren Anträgen.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Annette Karl für die SPD-Fraktion.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren, ich möchte mich zunächst einmal ganz ausdrücklich bei den Mitarbeitern im Wirtschaftsministerium bedanken, namentlich an der Spitze der Ministerialdirigent Klaus Ulrich. Es sind immer viele Fragen aufgetaucht; denn das Thema LEP ist kom-

plex. Ich hatte immer hochkompetente und geduldige Ansprechpartner, die mir bei allen Fragen weitergeholfen haben.

Das Landesentwicklungsprogramm beschreibt die Schwerpunkte der räumlichen Ordnung und Entwicklung in Bayern in der Zukunft. Es gibt dabei die Spielregeln für den Umgang mit Flächenkonkurrenzen vor und ist damit eine wichtige Leitplanke für kommunales und auch regionales Handeln. Die Welt hat sich in den letzten Jahren, das wissen wir alle, rasant weiterentwickelt und verändert. Damit verändert sich natürlich auch der Rahmen, in dem diese hoffentlich positive Entwicklung stattfinden soll.

Einige Stichworte dazu: die Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien, die Transformation der Wirtschaft, die ungleiche Entwicklung von Stadt und Land, Klimaschutzanpassung und Anpassung an den Klimawandel. Vor dem Hintergrund dieser großen Veränderungen ist die Teilfortschreibung zuallererst und ganz besonders leider eine vertane Chance.

(Beifall bei der SPD)

Wir als SPD haben von Beginn der Legislaturperiode an angemahnt, genauso wie die Initiative für ein besseres LEP, die Zeit zu nutzen und in einem partizipativen Prozess, also einem Prozess, der alle Mitglieder unserer Gesellschaft mitnimmt, ein Entwicklungsprogramm aufzustellen, das den Namen auch verdient. Andere Bundesländer sind dahin gehend deutlich weiter. Sie nutzen hier vor allem das Instrument der Bürgerkonferenzen.

Die Teilfortschreibung, die uns jetzt vorliegt, bezieht sich nur auf einzelne Bereiche und wurde viel zu spät gestartet. Sie bleibt völlig in der Struktur der alten Kapitel. Die Komplexität der Themen heute, mit denen wir uns beschäftigen müssen, zeigt aber gerade, dass das Denken in Schubladen, die in den Kommoden der einzelnen Ministerien einfach auf- und zugemacht werden, einfach nicht mehr zeitgemäß und angemessen ist. Vernetztes Denken und dabei ressortübergreifende Ansätze sind das Gebot der Stunde. So muss ich zum Beispiel den Klimaschutz und den Erhalt unserer

Industrie bei uns hier in Bayern zusammendenken. Dabei gibt es kein Entweder-oder, sondern ich muss hier einen Weg finden, wie beides miteinander funktioniert.

(Beifall bei der SPD)

Die Teilfortschreibung wird jetzt – quasi in letzter Sekunde – noch schnell ins Parlament gebracht und durchgedrückt. Das ist schade; denn dadurch fallen einige wichtige Themen, die überlegenswert gewesen wären, leider unter den Tisch, zum Beispiel das Nachdenken über die Sinnhaftigkeit eines Systems der Zentralen Orte. Wenn mittlerweile praktisch jeder Ort in Bayern ein Zentraler Ort ist, dann habe ich keine Steuerungsmöglichkeit. Es war zuletzt nur noch das reine Verteilen von vermeintlichen Bonbons. Man hat dann, wenn man den Realitätscheck zum Beispiel bei den grenzüberschreitenden Zentralen Orten gemacht hat, festgestellt: Es war leider nur noch ein leeres Papier, wo nichts mehr drin war.

Oder es wird versucht, an Qualitätsstandards ohne gesellschaftliche Diskussion Abstriche zu machen. Zu gleichwertigen Lebensbedingungen steht jetzt plötzlich nur noch drin, dass sie in möglichst hoher Qualität erreicht werden sollen. Ja, was heißt denn "möglichst hohe Qualität"? – Für mich heißt das: Tja, liebe Dorfbewohner, wenn's nicht geht, dann habt's halt Pech g'habt, war halt nicht möglich, können wir jetzt auch nicht ändern. – Das ist nicht meine Vorstellung von gleichwertigen Lebensbedingungen.

(Beifall bei der SPD)

In den letzten Wochen – ich muss das ausdrücklich sagen – sind mir auch Zweifel an der Seriosität des Handelns von CSU und FREIEN WÄHLERN gekommen.

(Florian von Brunn (SPD): Die haben wir schon länger! – Gerd Mannes (AfD): Jetzt erst?)

– Ich sehe immer das Gute in den Menschen. Da werden wir kurz vor Ende der Debatte im Wirtschaftsausschuss mit Anträgen konfrontiert, die den Trinkwasserschutz massiv schwächen sollen,

(Walter Nussel (CSU): Stimmt doch nicht!)

die aber angeblich in der Hinsicht überhaupt kein Problem sind.

(Beifall bei der SPD)

Die Oppositionsparteien und alle kommunalen Spitzenverbände sehen das komplett anders. Es wurde dort auch massiv protestiert. Wir als SPD haben eine neuerliche Anhörung beantragt, um diese Themen dann noch einmal genau zu besprechen. Das wurde mit der Begründung abgeschmettert: Braucht's nicht, das ziehen wir jetzt durch! Ein paar Tage später hat der Ministerpräsident die Brisanz dieses Themas erkannt und nach der Kabinettsitzung verkündet, die CSU und die FREIEN WÄHLER hätten die Anträge zurückgezogen. Die wussten zwar noch nichts davon, aber sie wurden dann halt einfach unter den Tisch fallen gelassen. Das war ein Feuerwehreinsatz, zeugt aber,

(Florian von Brunn (SPD): Söder'scher U-Turn!)

wie gesagt, nicht von Seriosität.

(Beifall bei der SPD)

Ich frage mich auch, ob dieses Thema dann nicht plötzlich nach der Wahl wieder um die Ecke kommt. Wir werden hier sehr aufmerksam sein.

Die Teilfortschreibung spricht – ich möchte das auch zugestehen – ganz wichtige Themen an: Anpassung an den Klimawandel, Klimaschutz, Mobilität und die Vision 2035. – Das ist der Vorspann in Prosa. Er spart auch nicht mit schönen Worten zu all den Themen wie gleichwertige Lebensbedingungen, attraktive Lebens- und Arbeitsräume, räumlich ausgewogene Entwicklung usw. usf.

Aber – wie so oft bei der Staatsregierung – hapert's dann massiv an der Umsetzung. Die Umsetzung bleibt in vielen Punkten unverbindlich, geht nicht über Appelle hinaus und bietet damit nicht die gewünschte Orientierung.

Lieber Herr Nussel, ich kann es Ihnen nicht ersparen: Wir brauchen grundsätzlich mehr Ziele statt Grundsätze, die eben immer nur eine Abwägungsgrundlage sind. – Tja, denke ich mal drüber nach, aber wenn ich das jetzt nicht will, dann mache ich es halt nicht. Ich denke, so kann eine Leitplanke für eine Entwicklung nicht aussehen,

(Walter Nussel (CSU): Man sieht aber, was in Berlin dabei herauskommt!)

die das Landesentwicklungsprogramm ja sein soll.

(Beifall bei der SPD)

Mir fehlt auch jegliches Angebot einer Unterstützung der Kommunen bei den vielfältigen Aufgaben, die ihnen ja mit diesem Landesentwicklungsprogramm gegeben werden.

Wie gesagt, die Chance ist leider verpasst, hieraus wirklich ein großes Werk zu machen. Wir können uns deshalb leider nur enthalten. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Karl. – Nächster Redner ist Herr Kollege Alexander Muthmann für die FDP-Fraktion.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Pohl ist jetzt nicht mehr da, sonst – –

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Wie im Ausschuss! – Florian von Brunn (SPD): Nach Diktat verreist!)

– Nach Diktat verreist. Ich wollte nur daran erinnern, dass wir damals, vor zehn Jahren in der Tat die Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms kritisch begleitet und

auch auf Schwachstellen hingewiesen haben. Ich kann das heute wieder tun. Er hat heute diese Schwachstellen begeistert für zustimmungsfähig erklärt. Das unterscheidet uns hier und heute.

Ich darf dann auch noch einmal auf die Gesamtsituation hinweisen, in der diese Teilfortschreibung jetzt stattfindet. Die letzte grundlegende Überarbeitung des Landesentwicklungsprogramms stammt aus dem Jahr 2013.

Seither haben wir das Thema Klimawandel, das Thema Krieg und natürlich auch das Thema Energiekrise in einer völlig anderen Brisanz und Schärfe beobachten können. Dennoch lässt es diese Staatsregierung in dieser Überarbeitung bei drei Teilbereichen bewenden: Klima, Umwelt, Mobilität sind die Themen, denen sich diese Teilfortschreibung widmet.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Und Kommunen!)

Ich räume ein, dass das in der Tat drei wesentliche und wichtige Teilbereiche sind. Allerdings führt das natürlich insgesamt nicht – wie an sich notwendig – zu einem Neuansatz insgesamt, vor allem auch vor dem Hintergrund, dass das Landesentwicklungsprogramm in den letzten Jahren immer unverbindlicher geworden ist. Das gilt beispielhaft für die Gebietskategorien, das gilt aber auch für das Thema der Zentralen Orte, das einer dringenden Reform bedurft hätte.

Auch wenn der Kollege Nussel auf die Gefahr hingewiesen hat, dass die Regelungen des Landesentwicklungsplans immer kleinteiliger würden: Das ist in der Tat etwas, was wir nicht wollen dürfen, sondern wir müssen uns sehr darum kümmern, die wesentlichen Dinge klar zu formulieren und zu beschreiben und Ballast abzuwerfen. Gerade in den Teilbereichen des Landesentwicklungsprogramms, die jetzt nicht angefasst worden sind, wäre da eine ganze Vielzahl von Ansatzpunkten gewesen, um wieder für Klarheit und für reduzierte Zielsetzungen und Regelungen zu sorgen.

Ich will nur noch ein paar wenige Beispiele ansprechen. Da ist die dringend notwendige Reform – Kollegin Karl hat es gerade auch angesprochen – des Zentrale-Orte-Systems völlig ausgeblieben. Wie wollen wir denn eine Gesamtentwicklung des Landes organisieren und auch vernünftig steuern, wenn wir bei dem Zentrale-Orte-System bleiben, wie wir es derzeit haben? – Von den über 2.000 Gemeinden und Orten hat etwa die Hälfte zentralörtliche Bedeutung,

(Annette Karl (SPD): Mehr!)

aber ohne verbindliche Wirkungen in diesem Zusammenhang. Das ist alles nur noch ein Etikett ohne Substanz, ohne Steuerungswirkung. In einem früheren Gutachten des Zukunftsrates ist mal empfohlen worden, Bayern mit wenigen zentralen Orten zu steuern; das war natürlich falsch, weil es etwa sieben zentrale Orte gehen sollte. Aber ein polyzentrisches System, wo man bedeutenden Orten auch Versorgungsaufgaben für die umliegenden Bereiche konkret zuordnet und diese zentralen Orte dann auch staatlicherseits dabei unterstützt, diese Versorgungsaufgaben zu erfüllen, ist ein ganz unverzichtbarer Bestandteil von Landesplanung. Und da – Fehlanzeige.

Kollege Nussel, wir hätten da viel vereinfachen können. Wir hätten da durch Reduzierung der Aussagen auch viel an Steuerungswirkung stärken können. Auch wenn Sie heute die Zustimmung zu dem von der Staatsregierung vorgelegten Entwurf erteilen und Ihr Plazet zu diesem Vorgehen geben: Wir halten es für falsch.

Es gibt auch keine Reform der Gebiete und Regionen mit besonderem Handlungsbedarf. Das ist eine Gießkannenförderung geworden, die stark durch politische Gefälligkeitsentscheidungen bei gleichzeitigem Verzicht auf gestalterische Wirksamkeit geprägt ist. Insbesondere dieser Eiertanz, den wir um die dünn besiedelten ländlichen Räume erlebt haben – das ist eine weitere Kategorie, die weder verbindlich geworden ist, noch klare Rechtsfolgen mit sich bringt –, ist symptomatisch für das, was wir an Bewertung in dieses Landesentwicklungsprogramm hineinstecken.

Die Beharrungsklausel in ein Landesentwicklungsprogramm hineinzuschreiben, ist in diesem Zusammenhang und Kontext geradezu absurd. Wir beharren auf den und belassen die Regelungen, auch wenn sie sich als falsch herausstellen sollten, jedenfalls so, wie sie sind, um uns nicht mit Kommunen auseinandersetzen zu müssen.

Mit Blick auf die Uhr kann ich jetzt nicht mehr ausführen, dass auch das Thema der Flächeninanspruchnahme enttäuschend ist. Aber wir wollen das Anbindegebot auch als Bestandteil dessen, was wirtschaftliche Entwicklung in den ländlichen Räumen angeht, erhalten. In der Ansiedelungsdebatte um BMW –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Kollege Muthmann, bitte kommen Sie zum Ende!

Alexander Muthmann (FDP): – in Straßkirchen und Irlbach hat die Staatsregierung sofort erklärt: Wir wollen das und wir brauchen das. Das hat mit den Regeln zum Anbindegebot allerdings nichts zu tun. Insofern ignorieren Sie auch Ihre eigenen Positionen. – Wir werden den Antrag hier und heute ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Kollege Muthmann. – Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Ludwig Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! – Herr Nussel, ich musste schon etwas schmunzeln, als Sie gesagt haben, Ihre drei Anträge zum Trinkwasserschutz seien missverstanden worden.

(Heiterkeit der Abgeordneten Annette Karl (SPD))

Ich habe gedacht, der Bayerische Gemeindetag, der Bayerische Städtetag und der Verband kommunaler Unternehmen, also diejenigen, die täglich dafür sorgen, dass

aus der Leitung sauberes, gutes Wasser kommt, haben deutlich Kritik geäußert. Das kann nicht falsch verstanden worden sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Um das noch einmal kurz aufzurufen: In einem Antrag ging es darum, den dauerhaften Schutz von Trinkwasserschutzgebieten in dem Bereich aufzuweichen, von dem wir wissen, dass wir in Bayern eigentlich zu wenig Trinkwasserschutzgebiete haben. Wir brauchen deutlich mehr, um zu erhalten, dass man jeden Morgen in ganz Bayern den Wasserhahn aufdrehen und das Glas Wasser bedenkenlos trinken kann.

(Walter Nussel (CSU): Wo können Sie denn in Bayern kein Wasser bedenkenlos trinken?)

Das wollen wir erhalten.

Ein weiterer Punkt war, dass der Grundwasserkörper nicht mehr bevorzugt, sondern insbesondere für die Trinkwassernutzung herangezogen werden soll. Das ist in diesem Bereich auch eine deutliche Aufweichung gewesen. Sie haben einen weiteren Bereich genannt, bei dem es im Antrag sogar hieß, dass wir den Schutz des Tiefengrundwassers mit Augenmaß – – Wenn wir von Tiefengrundwasser reden, also von der Schatzkammer für unsere Kinder und Enkelkinder, dann geht es darum, den Schutz so gut wie irgend möglich zu gestalten. Sie haben versucht, das aufzuweichen.

Dazu, dass die Anträge im Rahmen einer Nachtragstagesordnung kurz vorher eingespeist worden sind, muss ich sagen, dass ich mir die Frage gestellt habe, wie solche Anträge bei Ihnen in der Fraktion eigentlich entstehen. Sie wurden zurückgenommen, was zeigt, dass jemand gemerkt hat, dass Sie dort einen Fehler gemacht haben.

Ein anderer Bereich, der uns beim LEP deutlich zu kurz kommt: Das LEP sollte Leitplanken setzen, wie man Bayern für die nächsten Jahre und Jahrzehnte weiterentwickeln möchte. Das betrifft auch den ganzen Bereich der erneuerbaren Energien. Sie hätten die Chance gehabt, den Fehler der Vergangenheit, dass Sie die Windkraft jahr-

zehntelang ausgebremsst haben, zu beheben und endlich den Turbo einzulegen – nicht nur den Turbo in den Überschriften, sondern in der praktischen Umsetzung.

Man hätte das Zeitfenster für Vorranggebiete für die Windkraft mit 1,8 % der Landesfläche, zu deren Umsetzung Sie der Bund gebracht hat, vorziehen können, um das Ziel früher zu erreichen, um den Kommunen und den Energiegenossenschaften auch klar zu sagen: Wir wollen die Windkraft. Wir wollen der Windkraft in Bayern eine Heimat geben und hier saubere, günstige Energie produzieren. Das hätten Sie machen können. Das Gleiche gilt beim Thema Verkehrswende. Hierzu hat der Kollege Christian Zwanziger einiges gesagt. Es ist schon erstaunlich und mich wundert es eigentlich bei den FREIEN WÄHLERN, dass so kurz vor der Landtagswahl das Ziel der dritten Startbahn immer noch im Wahlprogramm enthalten ist. Das zeigt: Ihre Verkehrspolitik ist im letzten Jahrhundert stehen geblieben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Hartmann. – Für die Staatsregierung hat der Staatsminister Hubert Aiwanger das Wort.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Danke für diese interessante Debatte zur Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms und dazu, wie Bayern in den nächsten Jahren aussehen und wie es gestaltet werden soll. Ich glaube, dass kein Bundesland auf einem so aktuellen Stand wie Bayern ist. Mich freut es, dass sich die grüne Seite hier so weit aus dem Fenster gelehnt hat. Das zeigt, der Spruch gilt: Grün ist alle Theorie.

Wissen Sie, wann in Baden-Württemberg das LEP zum letzten Mal fortgeschrieben worden ist? – 2002.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Hört, hört! – Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN: Oh! – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Bei uns gab es 2013 eine Gesamtfortschreibung; wir haben also innerhalb von zehn Jahren eine völlige Gesamtfortschreibung vorgenommen. 2018 gab es eine Teilfortschreibung und 2019 noch einmal eine. Wir haben jetzt so schnell wie kein anderes Bundesland in Deutschland die aktuellen Themen Klima, Energie und selbst die Herausforderungen des Ukraine-Kriegs im Hinblick auf Wertschöpfungsketten aufgrund des Themas der Resilienz eingebracht. Ohne uns also auf die Schulter klopfen zu wollen, ist es nur die objektive Wahrheit: Die GRÜNEN sind bei diesen Themen noch eine Generation zurück,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Hans Herold (CSU): Bravo!)

wahrscheinlich noch aus der Zeit, als die GRÜNEN überhaupt noch nicht mitregiert haben. Seitdem ist dort nichts passiert. Bei ihnen steht auch die Windfläche usw. nicht drin.

Worum geht es im Prinzip? – Wir wollen den Zielkonflikt zwischen Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum, das in den letzten Jahren massiv gewesen ist, vernünftig bedienen. Allein im letzten Jahr sind über 300.000 Menschen nach Bayern gekommen; in den letzten gut zehn Jahren sind über 3 Millionen Menschen nach Bayern gekommen, die man unterbringen muss.

Die stärkste Wirtschaft innerhalb der Bundesrepublik Deutschland hat jetzt auch einen massiven Zuwachs im Bereich der erneuerbaren Energien. Ich wiederhole auch gerne die Zahlen: 50 % des deutschen Freiflächenzubaues an Photovoltaik findet in Bayern statt; das sind täglich 2 Hektar.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Sie wollen einen Deckel drauflegen mit täglich 5 Hektar, und dann ist Schluss. Weitere 40 % der derzeit 10 bis 11 Hektar sind Wohnungsbau, also wieder 4 Hektar. Allein mit Wohnungsbau und Freiflächenphotovoltaik haben wir Ihre 5 Hektar mehr als voll; dann

wollen Sie den absoluten Deckel einziehen und den Kommunen quadratmeterweise zuteilen, wer was noch tun darf.

Sie regieren in fast allen Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland mit. In keinem Bundesland, in dem Sie selbst mitregieren, gibt es diese quadratmeterscharfe Vorgabe. Bei uns in der Opposition fordern Sie sie, aber dort, wo Sie mitbestimmen, tun Sie es nicht. Also machen Sie es erst einmal dort!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Natürlich versuchen wir, von dem hohen Flächenverbrauch herunterzukommen. Aber am Ende entscheidet dann die Realität. Sie hören jetzt die aktuellen Debatten um die Ansiedlung eines BMW-Werkes in Straubing auf bestem Ackerland; natürlich tut das weh. Wenn wir aber zu BMW sagen, dass sie bei uns nichts kriegen, dann gehen sie nach Tschechien. Wie groß war das Geschrei, als dieses ICE-Werk nicht in den Raum Nürnberg gekommen ist! Das wurde vor Ort abgelehnt, vor Ort wurde dagegen protestiert, auch vonseiten des Naturschutzes und vieler Kommunalpolitiker, die es dort nicht haben wollten.

(Florian von Brunn (SPD): Das wurde auch von Söder abgelehnt! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Nein, nein! Schön bei der Wahrheit bleiben!)

Als die Bahn dann außerhalb Bayerns auf die Suche gehen wollte, gab es großes Geschrei, die Staatsregierung habe es nicht geschafft, das in Bayern anzusiedeln.

(Alexander König (CSU): Es ist peinlich für Bayern, dass das passieren kann!)

Hätten wir es angesiedelt, dann hätten Sie "Flächenverbrauch" geschrien.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Es ist bei vielen anderen Dingen genauso. Ich sage Ihnen noch eines: Für diese Bayerische Staatsregierung, an der ich mitwirken darf, ist das Thema Eigenheim politisch eben nicht tot. – Ihr GRÜNE sagt, die Zeit der Eigenheime sei vorbei, weil ihr schon

eines habt; andere sollen keines mehr bekommen. Jetzt soll der Bürgermeister draußen am Land die Rote Karte kriegen, mit der Ansage, nur noch innerorts werde Wohnblock gebaut, aber kein Eigenheim.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Eine so billige Argumentation hat in der Politik nichts zu suchen!)

Sie haben eines und andere brauchen keines. – Das ist Ihre Denke, und diese Denke ist nicht zielführend.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir sagen ganz klar: Wir wollen den ländlichen Raum stärken, wollen den Kommunen unter Berücksichtigung vieler anderer Aspekte größtmögliche Ellenbogenfreiheit geben. Natürlich gehört dazu auch die sensible Entwicklung von Wohnraum und Gewerbe. Der Bürgermeister vor Ort weiß besser als wir in München, wo ein Gewerbe- oder Baugebiet angesiedelt werden soll oder nicht. Wenn wir ihm das am Land verbieten, wird der Druck auf die Städte noch größer.

Wir haben in den Städten das Problem der explodierenden Mietpreise. Mit dem Gebäudeenergiegesetz wird sich die Problematik in den nächsten Jahren massivst verschärfen. Es wird kein neuer Wohnraum mehr geschaffen werden. Auch bestehender Wohnraum wird nicht mehr saniert werden. Es werden Gebäude leer stehen, weil man diese Kriterien nicht erfüllt. Dann haben wir den Druck auf den Mieten.

Deshalb sagen wir als CSU und FREIE WÄHLER: Wir wollen draußen am Land weiterhin gezielt die Dörfer sich entwickeln lassen und die Bürgermeister mitreden lassen. Mich freut es, wenn Sie hier so groß schreien, dass die Bürgermeister bei der Wasserfrage an Ihrer Seite gestanden sind. Sie haben aber meinen Zwischenruf überhört. Deshalb sage ich es hier offiziell: Als es um das Thema "5 Hektar" ging, bei dem die Bürgermeister ganz anderer Meinung sind als Sie, zitieren Sie die Bürgermeister nicht. Sie zitieren sie nur dort, wo deren Aussagen Ihnen in den Kram passen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Thomas Gehring (GRÜNE):
Das machen Sie aber auch!)

Mit dem Wasser müssen wir sorgsam umgehen,

(Florian von Brunn (SPD): Hört, hört!)

aber trotzdem die Sorgen der Wirtschaft ernst nehmen, wenn die Betreiber der Trinkwasserversorgung, die auch über die Mineralbrunnen, über die Brauereien usw. gestaltet wird, auf uns zukommen und sagen, dass sie immer engere Vorgaben bekommen und die Brunnen nur noch für wenige Jahre genehmigt werden, aber Millioneninvestitionen dranhängen. – Und sie fragen, ob sie diesen Brunnen dann überhaupt noch für die Wassergewinnung einsetzen dürfen. Dann müssen wir auch hier einen vernünftigen Kompromiss finden und dürfen nicht sagen: Ihr seid Industrie. Mit euch reden wir gar nicht. Ihr seid die potenziellen Kapitalisten, die unser Wasser aufkaufen. – Ihr seid auch draußen dabei. Ihr wart gestern beim Maibock dabei und habt das Freibier von den Brauereien getrunken, die zu uns kommen.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Ruth Müller (SPD): Wasser!)

Die Hersteller dieses Wassers, dieses Biers, dieser Limonaden usw.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Das Wasser, das ihr verscherbeln wolltet!)

sind auf bayerisches Trinkwasser und teilweise Tiefengrundwasser angewiesen. Die sagen zu uns: Wir brauchen Planungssicherheit. Das war mit der Hintergrund.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Ihr wolltet es an die Großkonzerne verscherbeln!)

Es war dann eine gezielte Missinterpretation, wir würden Wasser ausverkaufen wollen.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Ihr habt es ja beantragt!)

Nein, das wollen wir natürlich nicht. Insofern ist dieser Antrag dann zurückgezogen worden, um Ihnen nicht Futter für Ihre Kampagnen zu liefern.

(Lachen bei den GRÜNEN und der SPD)

Aber es ist ganz klar, dass Wasserschutz bei uns hohe Priorität hat. Jetzt geht es auch um das Thema des Hochwasserschutzes und das Thema Niedrigwassermanagement. Auch das spielt alles hier rein.

Wir haben auch das Thema der Klimaschutzzonen, die errichtet werden können. Frischluftschneisen bei Bauprojekten sollen berücksichtigt werden, und vieles mehr. Auch die Themen "CO₂-Speicher Wald", "Wasser" und vieles mehr sind bei uns jetzt im LEP drin – und sind bei Ihnen überall dort, wo Sie mitregieren, nicht drin. Nur damit Sie es wissen: Die Kommunen können das entscheiden. Die Kommunen können auch entscheiden, inwieweit sie landwirtschaftliche Vorrang- und Vorbehaltsgebiete ausweisen. Auch dort gibt es den Zielkonflikt: Auf der einen Seite die Nahrungsmittelversorgung, auf der anderen Seite oft gewerbliche und sonstige Nutzungen. Wir versuchen das jetzt beim Thema Agri-PV unter einen Hut zu bekommen, und es gelingt immer mehr.

Auch das Thema Verkehr ist sehr wichtig. Sie kaprizieren sich hier so auf die Flugtaxi. Das ist mehr eine Randnotiz. Das müsste aber eigentlich von Ihnen kommen. Sie wollen ja keine Straßen mehr bauen. Für Sie wäre es gut, wenn wir fliegen könnten. Dann bräuchten wir keine Straßen mehr und könnten uns trotzdem fortbewegen.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Es wundert mich, dass Sie so gegen die Flugtaxis vorgehen. Die würden ja eher zu Ihnen passen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Was wollen wir? – Wir wollen, was Sie eigentlich auch wollen: mehr Radwege und einen Ausbau des Radwegenetzes.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Warum macht ihr das dann nicht?)

Auch das ist neue vernetzte, zukunftsfähige Mobilität. Wir wollen hier sehr viel in Richtung Wasserstofftankstellen und E-Mobilität gehen und die Straßen- und Verkehrswege auf diese neuen Verkehrsformen vorbereiten bis hin zur autonomen Mobilität der Zukunft. Wir sind hier also voll mit dabei.

Wir haben ein Gesamtkonzept vorgestellt, das in sich schlüssig ist und das die aktuell wichtigen Themen bedient: Kommunen und ländlichen Raum stärken, den Kommunen genügend Entwicklungsmöglichkeit lassen. Die Themen Umwelt, Bodenschutz, Wasserschutz, Landwirtschaft und Nahrungsmittelversorgung haben alle einen sehr hohen Stellenwert, genauso die Mobilität. Die Krisenvorsorge ist ausreichend und sehr gut mit abgebildet: Wertschöpfungsketten, Resilienz und dergleichen mehr.

Unsere Maßgabe ist, hier in Zusammenarbeit mit den kommunalen Akteuren die Zukunft Bayerns zu entwickeln, statt zu sagen: Wir in München wissen es im Detail besser. Wir bestimmen, was vor Ort passieren muss.

Ich sage Ihnen noch eines: Bei vielen Ihrer ideologischen Manöver – Sie sehen es jetzt auf Bundesebene mit Ihrem Gebäudeenergiegesetz – laufen Sie gegen die Wand, wenn es dann um die Umsetzung geht und die kommunalen Stadtwerke plötzlich sagen: Wie geht es denn jetzt mit unseren Gasnetzen weiter?

Deswegen wählen wir den Weg der Kooperation statt den der Konfrontation und haben die Regionalen Planungsverbände massiv mit mehr Personal gestärkt. Damit wollen wir die Fortschreibung der Windgebiete erreichen und haben die Möglichkeit, dass die Bürgermeister und Landräte selber bestimmen dürfen, wo sie die Windvorangebiete und die Geothermie haben wollen,

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Reichlich spät!)

wo Sie all diese Dinge planen wollen. Da ist Fingerspitzengefühl gefragt, nicht die Brechstange.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Lange verschlafen!)

– Wir haben nichts verschlafen,

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Freilich habt ihr es verschlafen!)

sondern es ist in den letzten Jahren so gewesen, dass die Bevölkerung die Windkraft in vielen Gebieten mehrheitlich nicht wollte. Es gab Bürgerabstimmungen mit 80 % gegen Windräder. Seit dem Ukraine-Krieg sind plötzlich 70 % dafür. Auch die Meinung in der Öffentlichkeit hat sich also geändert.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Ihr macht also immer das, was die Mehrheit will, oder was?)

Auch die Technik hat sich geändert. Die Windräder, die vor zwanzig Jahren in Mecklenburg, Niedersachsen und sonstwo aus dem Boden gewachsen sind,

(Ruth Müller (SPD): Die wachsen nicht aus dem Boden! – Jürgen Mistol (GRÜNE): Die werden wahrscheinlich von selber wachsen!)

waren nicht das Verdienst der GRÜNEN, sondern diese Windräder sind deshalb errichtet worden, weil dort in den flachen Landesteilen viel Wind weht.

Jetzt kommen bei uns die hohen Windräder mit einer Höhe von 250 Metern. Dadurch wird plötzlich auch bei uns in Bayern die Windkraft attraktiv. Dann schauen wir uns,

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Genau! Irgendwann einmal!)

wenn die dann gebaut werden, mal im Detail an, ob Sie dann dafür oder dagegen sind.

Insofern bin ich überzeugt, dass dieses LEP ein sehr guter Entwurf ist. Wir haben Nägel mit Köpfen gemacht. Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach. Sie reden immer davon, was man alles total und besser hätte machen können. Die FDP hat es in ihrer damaligen Zuständigkeit nicht besser gemacht. Die GRÜNEN – ich habe es Ihnen gerade gesagt – haben in den letzten zwanzig Jahren überhaupt nichts gemacht, sondern in Baden-Württemberg haben es vorher die Schwarzen gemacht. Da hat es euch dort noch gar nicht gegeben. Jetzt seid ihr dort dabei und könntet mitgestalten, tut es aber nicht. Also macht erst mal dort die Manöver und zeigt uns dann, wie es geht! Dann machen wir es in Bayern gerne besser, wenn ihr es woanders besser zeigen könnt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Insofern ist das ein sehr guter, ausgewogener Entwurf, in den wir Kommunen, Bürger und Staatsregierung und in vielen Prozessen Menschen eingebunden haben bis zu den jungen Planern und für den wir viele Videokonferenzen abgehalten haben, auch in Zeiten von Corona. Wenn Sie uns vorwerfen, dass alles so lange gedauert hat, haben Sie offenbar vergessen, was zwischen 2020 und 2022 los war. Wir haben selbst in diesen schwierigen Zeiten weitergearbeitet.

Ich schließe mich dem Dank an meine Leute im Ministerium an. Hervorragende Arbeit, viel Arbeit, viel Abstimmungsbedarf und damit ein Entwurf, der sich sehen lassen kann und fürs Erste die aktuellen Herausforderungen abbildet. Was in den nächsten fünf oder zehn Jahren auf uns zukommt, wird dann zu gegebener Zeit neu angefasst. So läuft das bei uns in Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Christian Zwanziger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Herr Staatsminister, ich komme mit Rad, Bahn, Bus oder Carsharing, wenn der ÖPNV dünn wird, gut von A nach B. Wenn Sie das mit dem Rad nicht glauben, dann hole ich Sie auch mal im Ministerium ab und wir radeln zusammen hier rüber.

Aber Stichwort Maibockanstich: Ich finde es bezeichnend, dass Sie gestern nach einer Dreiviertelstunde Ihres eigenen Tourismusempfangs vor dem Empfangsteil dorthin sind und das jetzt hier als Argument für die Trinkwasserförderung nehmen.

Ich habe zwei Fragen an Sie: Sie haben die Anträge zum Trinkwasser jetzt auch wieder verteidigt. Ich habe das so verstanden, dass die Anträge nach Auffassung Ihres Hauses und vielleicht auch nach Auffassung vieler Kolleginnen und Kollegen in den Regierungsfractionen eigentlich unnötig gewesen wären. Ich gebe Ihnen jetzt noch mal die Chance: Fanden Sie die Anträge persönlich richtig? Hätten Sie die auch als einfacher Abgeordneter gestellt?

Die zweite Frage betrifft ein bisschen Ihren Wahlkampf vor Ort: Wie begründen Sie gegenüber den Leuten, dass Sie als zuständiger Fachminister für das LEP es nicht geschafft haben, die dritte Startbahn rauszustreichen?

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Völlig hypothetische, dumme Fragen!)

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Die dritte Startbahn ist dort verhindert, wo wir mitregieren, in Bayern. Dort, wo Sie mitregieren, in Frankfurt, wurde sie gebaut.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der CSU – Jürgen Mistol (GRÜNE): Das tröstet die Leute nicht!)

Das Thema Wasser ist folgendermaßen zu sehen: Solange eine vernünftige bürgerliche Koalition der Mitte regiert, ist mit dem jetzigen Gesetzgebungsverfahren alles in Ordnung, weil dann der Wirtschaft nicht das Wasser abgedreht wird. Wenn aber grüne

Ideologen bestimmen könnten, ist ein Restrisiko, dass mit dieser Formulierung "ist bevorzugt" das Ganze überinterpretiert wird und es heißt, hier ja, dort nein.

Also, noch mal: Solange wir mitregieren, passt das; wenn Sie mitregieren, ist so und so Gefahr in Verzug.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Rednerinnen und Redner haben wir nicht. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen nun zur Abstimmung.

Bevor wir in den Abstimmungsvorgang eintreten, schildere ich kurz den Ablauf. Nachdem zu insgesamt zehn Anträgen Einzelabstimmung in einfacher Form beantragt wurde, ist über diese zuerst abzustimmen. Hierbei handelt es sich zum einen um die beiden Anträge auf den Drucksachen 18/26250 – Listennummer 40 der Anlage 2 zur Tagesordnung – sowie 18/26421 – Listennummer 61 –, über die auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einzeln abgestimmt werden soll.

Zum anderen hat die AfD-Fraktion zu insgesamt acht Anträgen Einzelabstimmung in einfacher Form beantragt. Konkret sind dies die Anträge auf den Drucksachen 18/25971 mit 18/25975 und 18/25977 mit 18/25979 – Listennummern 24 bis 31. Nach diesen Einzelabstimmungen wird über die verbleibenden Anträge eine GesamtAbstimmung durchgeführt, bei der jeweils die Voten des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung entsprechend der in Plenum Online einsehbaren Abstimmliste zugrunde gelegt werden.

(Siehe Anlage 2)

Anschließend erfolgt die Abstimmung über den Antrag der Staatsregierung auf Zustimmung gemäß Artikel 20 Absatz 2 des Bayerischen Landesplanungsgesetzes zum Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern.

Ich beginne nun mit den vorab erwähnten Einzelabstimmungen in einfacher Form. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/26250 sowie die acht Anträge der AfD-Fraktion auf den Drucksachen 18/25971 mit 18/25975 und 18/25977 mit 18/25979 zur Ablehnung. Zum Antrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 18/26421 empfiehlt er Zustimmung.

Ich lasse zunächst über die zur Ablehnung empfohlenen Anträge der Oppositionsfraktionen abstimmen und beginne hier mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "LEP-Teilfortschreibung I: Neustart in der Landesplanung – Partizipativen Prozess für eine Komplettfortschreibung starten" auf Drucksache 18/26250.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD-Fraktion, der Abgeordnete Busch (fraktionslos), die FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? – FREIE WÄHLER, CSU, AfD-Fraktion, der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Enthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Nachhaltigkeit darf im Landesentwicklungsprogramm nicht die Hauptrolle spielen (LEP 1.1.3)" auf Drucksache 18/25971.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion und nur die AfD-Fraktion. Gegenstimmen, bitte. – Alle anderen Abgeordneten einschließlich der fraktionslosen Abgeordneten Busch und Plenk. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Als Nächstes folgt die Abstimmung über den Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Klimaschutz nimmt im Landesentwicklungsprogramm eine zu große Rolle ein (LEP 1.3.1)", Drucksache 18/25972.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – AfD-Fraktion und nur die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind alle anderen Fraktionen und der Abgeordnete Busch (fraktionslos). Enthaltungen? – Das ist der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Es geht weiter mit der Abstimmung über den Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Die ärztliche Versorgung vor Ort muss als Ziel im Landesentwicklungsprogramm höchste Priorität haben (LEP 2.2.5)", Drucksache 18/25973.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – AfD-Fraktion, auch nur die AfD. Gegenstimmen! – Das sind alle anderen Fraktionen und die Abgeordneten Plenk (fraktionslos) und Busch (fraktionslos). Enthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Nun lasse ich abstimmen über den Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Zusammenhängende Landschaftsräume und Ressourcenschonung dürfen die Siedlungsentwicklung nicht behindern (LEP 3.1.1)" auf Drucksache 18/25974.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die AfD-Fraktion. Wer ist dagegen? – Alle anderen Fraktionen einschließlich der beiden fraktionslosen Abgeordneten Busch und Plenk. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Wir fahren fort mit der Abstimmung über den Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Kleine und mittlere Unternehmen benötigen auch weiterhin zusätzliche Betriebsflächen (LEP 3.3)", Drucksache 18/25975.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – AfD-Fraktion. Dagegen? – Sind alle anderen Fraktionen einschließlich der beiden fraktionslosen Abgeordneten Busch und Plenk. Damit ist dieser Antrag ebenso abgelehnt.

Nächste Abstimmung: über den Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Neue Radwege sind vor allem in den Monaten mit schlechter Witterung keine Lösung für die Verkehrssproblematik (LEP 4.4)" auf Drucksache 18/25977.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind alle anderen Fraktionen und die beiden fraktionslosen Abgeordneten Busch und Plenk. Damit ist dieser Antrag ebenfalls abgelehnt.

Es geht weiter mit der Abstimmung über den Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Nutzung und Umnutzung von land- und forstwirtschaftlichen Flächen muss in ihrer ganzen Bandbreite erhalten bleiben (LEP 5.4.1)", Drucksache 18/25978.

(Unruhe bei Abgeordneten der CSU)

– Herr Kollege Oetzing, das stört wahnsinnig. Das möchte man nicht glauben, aber es ist so.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – AfD-Fraktion. Wer ist dagegen? – Alle anderen Fraktionen und der Abgeordnete Busch (fraktionslos). Enthaltungen? – Der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Bei der Energieversorgung für Bayern muss der Faktor Sicherheit und Bezahlbarkeit stärker gewichtet werden (LEP 6.1.1)", Drucksache 18/25979.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Alle anderen Fraktionen einschließlich der beiden fraktionslosen Abgeordneten Busch und Plenk. Damit ist dieser Antrag ebenso abgelehnt.

Schließlich lasse ich jetzt noch über den Antrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER betreffend "Infrastruktur für senkrecht startende und landende Fluggeräte in allen Regionen ermöglichen" auf Drucksache 18/26421 abstimmen, den der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung zur Zustimmung empfohlen hat.

Wer dem Antrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Fraktion der FREIEN WÄHLER, die CSU-Fraktion, die FDP-Fraktion und der Abgeordnete Busch (fraktionslos). Wer ist dagegen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion, AfD-Fraktion. Wer enthält sich? – Der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Damit ist dieser Antrag angenommen.

Die Einzelabstimmungen über die zum Verordnungsentwurf der Staatsregierung eingereichten Anträge sind damit abgeschlossen.

Ich fahre nun fort mit der Abstimmung über die noch ausstehenden Anträge. Die Fraktionen sind übereingekommen, dass dies im Rahmen einer Gesamtabstimmung unter Zugrundelegung des jeweiligen Votums im federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung geschehen soll. Konkret stehen zur Gesamtabstimmung die Anträge mit den Listennummern 1 mit 23, 32 mit 39, 41 mit 60 und 62 mit 72 der über Plenum Online einsehbaren Abstimmliste.

(Siehe Anlage 2)

Der federführende Ausschuss empfiehlt die Anträge der Oppositionsfraktionen zur Ablehnung. Zu den Anträgen von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion der

FREIEN WÄHLER empfiehlt er Zustimmung entsprechend der jeweiligen Beschlussempfehlung.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der eben erwähnten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der AfD, der SPD und der FDP. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Wer Enthält sich? – Die beiden fraktionslosen Abgeordneten Busch und Plenk. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Staatsregierung auf Zustimmung zum Verordnungsentwurf zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern auf der Drucksache 18/25267.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung auf der Drucksache 18/28341.

(Unruhe)

Der Ausschuss hat sich in zwei Sitzungen mit dem Verordnungsentwurf befasst und empfiehlt Zustimmung mit der Maßgabe, dass bei Erlass der Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern durch die Staatsregierung die Anträge auf den Drucksachen 18/26958, 18/26414, 18/26415, 18/26924, 18/26925, 18/26416, 18/26417, 18/26418, 18/26419, 18/26420, 18/26421, 18/26440, 18/26926, 18/26441, 18/26422, 18/26927, 18/26928, 18/26423, 18/26929, 18/26424, 18/26930, 18/26931 in der Fassung der Beschlussempfehlung Berücksichtigung finden. Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt unter Berücksichtigung, dass die Anträge auf den Drucksachen 18/26927, 18/26928 und 18/26929 zurückgezogen wurden.

Ich verweise insoweit auf die Drucksache 18/28341 und darauf, dass das Plenum den eben genannten Anträgen der Regierungsfractionen, soweit diese nicht zurückgezogen wurden, heute bereits zugestimmt hat.

Wer dem Antrag der Staatsregierung mit den empfohlenen Maßgaben zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREI-EN WÄHLER. Wer ist dagegen? – Das sind die AfD- und die FDP-Fraktion. Wer enthält sich? – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und die Abgeordneten Plenk (fraktionslos) und Busch (fraktionslos). Damit ist so beschlossen.

Damit hat der Landtag seine Zustimmung zum Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern erteilt mit der Maßgabe, dass bei Erlass der Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern durch die Staatsregierung die hierzu angenommenen Anträge auf den Drucksachen – und jetzt bitte ganz genau aufpassen – 18/26958, 18/26414, 18/26415, 18/26924, 18/26925, 18/26416, 18/26417, 18/26418, 18/26419, 18/26420, 18/26421, 18/26440, 18/26926, 18/26441, 18/26422, 18/26423, 18/26424, 18/26930 und 18/26931 Berücksichtigung finden.

(Unruhe)

Der Tagesordnungspunkt 5 ist damit erledigt.

Ich rufe nun auf – –

(Anhaltende Unruhe)

Also: Ich kann Ihnen versichern, dass ein TikTok-Auftritt wesentlich lockerer ist, als hier die einzelnen Paragraphen-Nummern vorzulesen. Ich glaube, Sie nehmen mir das ab.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung der Anträge, die zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (Drs. 18/25267) vorgelegt wurden, zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 5)

1. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Landesentwicklungsprogramm I
(1.1.1 Gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen)
Drs. 18/25946, 18/28259 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

2. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Landesentwicklungsprogramm II (Ressourcen schonen – Ressourcenverbrauch reduzieren)
Drs. 18/25947, 18/28261 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

3. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Landesentwicklungsprogramm III
(1.1.4 Zukunftsfähige Daseinsvorsorge sichern)
Drs. 18/25948, 18/28262 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

4. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller,
Florian von Brunn u.a. SPD
Landesentwicklungsprogramm IV
(1.2.2 Abwanderung vermindern – vom demografischen Wandel
besonders betroffene Räume „verjüngen“)
Drs. 18/25949, 18/28263 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

5. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller,
Florian von Brunn u.a. SPD
Landesentwicklungsprogramm V
(1.3.1 Klimaschutz zum Ziel machen)
Drs. 18/25950, 18/28264 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

6. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller,
Florian von Brunn u.a. SPD
Landesentwicklungsprogramm VI
(1.3.2 Anpassung an den Klimawandel zum Ziel machen)
Drs. 18/25951, 18/28265 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

7. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Landesentwicklungsprogramm VII
(2.2.7 Entwicklung und Ordnung der Verdichtungsräume – Fahrradpendelverkehr bei Radwegenetzausbau berücksichtigen)
Drs. 18/25952, 18/28266 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

8. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Landesentwicklungsprogramm VIII
(3.1.1 Integrierte Siedlungsentwicklung zum Ziel machen)
Drs. 18/25953, 18/28267 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

9. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Landesentwicklungsprogramm IX
(4.1.1 Leistungsfähige Infrastruktur – Ausbau der Schienenverkehrswege priorisieren)
Drs. 18/25954, 18/28268 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

10. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller,
Florian von Brunn u.a. SPD
Landesentwicklungsprogramm X
(4.1.3 Verbesserung der Verkehrsverhältnisse zum Ziel machen –
ÖPNV noch weiter stärken)
Drs. 18/25955, 18/28269 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

11. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller,
Florian von Brunn u.a. SPD
Landesentwicklungsprogramm XI
(4.5.1 Verkehrsflughafen München – Dritte Startbahn)
Drs. 18/25956, 18/28270 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

12. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller,
Florian von Brunn u.a. SPD
Landesentwicklungsprogramm XII
(5.3.5 Verzicht auf Zielabweichungsverfahren in grenznahen Gebieten)
Drs. 18/25957, 18/28271 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

16. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller,
Florian von Brunn u.a. SPD
Landesentwicklungsprogramm XVI
(6.2.2 Windenergie – Flächen für Wind auch für Sonne nutzen)
Drs. 18/25961, 18/28275 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

17. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller,
Florian von Brunn u.a. SPD
Landesentwicklungsprogramm XVII
(6.2.3 Photovoltaik – Ausbau von PV-Anlagen verstärken)
Drs. 18/25962, 18/28276 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

18. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller,
Florian von Brunn u.a. SPD
Landesentwicklungsprogramm XVIII
(6.2.6 Tiefengeothermie – Forschung im Bereich der
petrothermalen Geothermie fördern)
Drs. 18/25963, 18/28277 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

22. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Landesentwicklungsprogramm XXII
(Aktualisierung des Anhang 1 – hier: Zentrale Orte)
Drs. 18/25967, 18/28281 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

23. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Landesentwicklungsprogramm XXIII
(Anhang 5: Fortschreibung)
Drs. 18/25968, 18/28282 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

24. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Nachhaltigkeit darf im Landesentwicklungsprogramm nicht die Hauptrolle spielen (LEP 1.1.3)
Drs. 18/25971, 18/28283 (A)

Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.

25. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Klimaschutz nimmt im Landesentwicklungsprogramm eine zu große Rolle ein (LEP 1.3.1)
Drs. 18/25972, 18/28284 (A)

Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.

26. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Die ärztliche Versorgung vor Ort muss als Ziel im Landesentwicklungsprogramm höchste Priorität haben (LEP 2.2.5)
Drs. 18/25973, 18/28285 (A)

Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.

27. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Zusammenhängende Landschaftsräume und Ressourcenschonung dürfen die Siedlungsentwicklung nicht behindern (LEP 3.1.1)
Drs. 18/25974, 18/28286 (A)

Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.

28. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Kleine und mittlere Unternehmen benötigen auch weiterhin zusätzliche Betriebsflächen (LEP 3.3)
Drs. 18/25975, 18/28287 (A)

Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.

29. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Neue Radwege sind vor allem in den Monaten mit schlechter Witterung keine Lösung für die Verkehrsproblematik (LEP 4.4)
Drs. 18/25977, 18/28288 (A)

Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.

30. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Nutzung und Umnutzung von land- und forstwirtschaftlichen Flächen muss in ihrer ganzen Bandbreite erhalten bleiben (LEP 5.4.1)
Drs. 18/25978, 18/28289 (A)

Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.

31. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Bei der Energieversorgung für Bayern muss der Faktor Sicherheit und Bezahlbarkeit stärker gewichtet werden (LEP 6.1.1)
Drs. 18/25979, 18/28290 (A)

Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.

32. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Landesentwicklungsprogramm I: Entwurf grundlegend überarbeiten
Drs. 18/26072, 18/28291 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

33. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Landesentwicklungsprogramm II: Flächeninanspruchnahme konkretisieren
Drs. 18/26073, 18/28292 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

34. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Landesentwicklungsprogramm III: Fläche schonen durch bessere Erschließung der dritten Dimension
Drs. 18/26074, 18/28293 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

35. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Landesentwicklungsprogramm IV: Interkommunale Zusammenarbeit forcieren
Drs. 18/26075, 18/28294 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

36. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Landesentwicklungsprogramm V: Ländliche Räume nicht ausbremsen
Drs. 18/26076, 18/28295 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☒

37. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Landesentwicklungsprogramm VI:
keine Verschärfung des Anbindegebots
Drs. 18/26077, 18/28303 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☒

38. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Landesentwicklungsprogramm VII: mehr Verbindlichkeit für Photovoltaik
Drs. 18/26078, 18/28304 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☐	☐	☒

39. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Landesentwicklungsprogramm VIII: Tiefengrundwasser schonen
Drs. 18/26079, 18/28305 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☐	☒	☒

40. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
LEP-Teilfortschreibung I: Neustart in der Landesplanung –
Partizipativen Prozess für eine Komplettfortschreibung starten
Drs. 18/26250, 18/28306 (A)

Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.

41. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
LEP-Teilfortschreibung II: Gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen – Zentrale-Orte-System überarbeiten
Drs. 18/26251, 18/28307 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

[illegible]

42. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
LEP-Teilfortschreibung III: Mobilitätswende voranbringen
Drs. 18/26252, 18/28308 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☐	☐

43. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
LEP-Teilfortschreibung IV: Artenschutz ernst nehmen –
Landschaftsrahmenpläne und Vorranggebiete
für den Naturschutz etablieren
Drs. 18/26253, 18/28309 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

44. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
LEP-Teilfortschreibung V: Landesentwicklungsprogramm mit klaren Klimaschutzziele ausstatten
Drs. 18/26254, 18/28310 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

45. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
LEP-Teilfortschreibung VI: Energiewende voranbringen mit Plan
Drs. 18/26255, 18/28311 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

46. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
LEP-Teilfortschreibung VII: Flächenverbrauch reduzieren – verbindliche Ziele im Landesentwicklungsprogramm definieren
Drs. 18/26256, 18/28312 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☐	☐

47. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
LEP-Teilfortschreibung VIII: Mehrfachnutzungen etablieren
Drs. 18/26257, 18/28313 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

48. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
LEP-Teilfortschreibung IX: Bedarfsplanung und Abbau von Sand und Kies rechtskonform regeln
Drs. 18/26258, 18/28314 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

49. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
LEP-Teilfortschreibung X: Landesplanung an die Folgen des Klimawandels anpassen und resiliente Raumstrukturen schaffen
Drs. 18/26259, 18/28315 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

50. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
LEP-Teilfortschreibung XI: Gewässer und Trinkwasser schützen
Drs. 18/26260, 18/28316 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

51. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
LEP-Teilfortschreibung XII: Landesplanung für eine resiliente und nachhaltige Landwirtschaft
Drs. 18/26261, 18/28317 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

52. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
LEP Teilfortschreibung XIII: Öffentlichkeitsbeteiligung bei raumbedeutsamen Planungen und der Fortschreibung von Regionalplänen
Drs. 18/26262, 18/28318 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

53. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
LEP-Teilfortschreibung XIV: Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Raumplanung verankern
Drs. 18/26263, 18/28319 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐ ENTH

57. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Alexander König, Alfons Brandl u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zum Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) hier: Wachstum in den verdichteten Räumen ganzheitlich betrachten und neben Wohnraum auch erforderliche soziale Infrastrukturen bereitstellen
Drs. 18/26417, 18/28323 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☐ A	☒	☒	☒	☒

58. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Bernhard Seidenath, Alexander König u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zum Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) hier: Harmonisierungsgebot (kommunal und interkommunal) als Begrifflichkeit im LEP etablieren
Drs. 18/26418, 18/28324 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☐	☒	☐	☒	☐

59. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Alexander König, Walter Nussel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zum Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) hier: Anforderungen an Kommunen zum Nachweis fehlender Innenentwicklungspotenziale klarstellen Drs. 18/26419, 18/28325 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

60. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Alexander König, Klaus Stöttner u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zum Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) hier: Tourismusstandort Bayern zukunftsfähig entwickeln und Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen Drs. 18/26420, 18/28326 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

61. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Alexander König, Klaus Stöttner u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zum Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) hier: Infrastruktur für senkrecht startende und landende Fluggeräte in allen Regionen ermöglichen Drs. 18/26421, 18/28327 (G)

Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.

65. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Alexander König, Walter Nussel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zum Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) hier: Flächen nachhaltig nutzen – Abbaustandorte sinnvoll verfüllen Drs. 18/26440, 18/28331 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☐ A	☒	☒	☐ ENTH	☒

66. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Alexander König, Walter Nussel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zum Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) hier: Änderungen im Energierecht in der Landesplanung nachziehen Drs. 18/26441, 18/28332 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☐	☒	☒

67. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Alexander König, Walter Nussel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zum Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) hier: Klimafunktion stärken
Drs. 18/26924, 18/28333 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☐	☒	☐	☐	☐

68. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Alexander König, Walter Nussel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zum Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) hier: Mehr Entscheidungsfreiheit der Regionalen Planungsverbände bei der Anpassung an den Klimawandel Drs. 18/26925, 18/28334 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☐	☒	☒	☐	☐

69. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Martin Schöffel, Alexander König u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zum Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) hier: Landwirtschaftsbezogene Nutzungen in Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für die Landwirtschaft ermöglichen Drs. 18/26926, 18/28335 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

[illegible]

70. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Alexander König, Walter Nussel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zum Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) hier: Unmissverständliche Risikoversorge Drs. 18/26930, 18/28336 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

[illegible]

71. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Alexander König, Walter Nussel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zum Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) hier: Wassermanagement im Einklang mit verschiedenen Nutzungen Drs. 18/26931, 18/28337 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

72. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Alexander König, Walter Nussel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Beteiligung der Kommunen und Eigentümer bei der Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten sicherstellen Drs. 18/26958, 18/28002 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒ ENTH	☒